

Türkei erklärt Israel den kalten Krieg

Nach Angriff auf „Solidaritätsflotte“ spricht Ministerpräsident Erdogan von „irreparablen Schäden“ · Sturm auf Konsulat

VON SILKE MERTINS, JERUSALEM

Der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan unterbricht seinen Besuch in Lateinamerika. Außenminister Ahmet Davutoglu ruft den Uno-Sicherheitsrat an und zieht den Botschafter aus Tel Aviv ab. Demonstranten versuchen, das israelische Konsulat zu stürmen. Israel wiederum gibt eine Reisewarnung für die Türkei heraus: Dort sei man nicht mehr sicher.

Noch nie waren die Beziehungen zwischen Ankara und Jerusalem so angespannt wie in den vergangenen 24 Stunden. Ein türkischer Regierungsvertreter antwortete auf die Frage, ob auch militärische oder wirtschaftliche Reaktionen möglich seien: „Augenblicklich nicht.“ Die Medien in dem muslimischen Land schlossen daraus: Bald könnte auch das eine Option sein.

Die Todesopfer auf dem türkischen Leitschiff der „Solidaritätsflotte“ für den Gazastreifen haben eine schwere diplomatische Krise ausgelöst. Erdogan sprach gestern sogar von „irreparablen Schäden“. Aus den vor fünf

Umstrittene Helfer

IHH Die türkische Hilfsorganisation İnsani Yardım Vakfı (IHH, Stiftung für humanitäre Hilfe) spielt bei der Organisation der Schiffe mit Hilfsgütern eine Schlüsselrolle. Der jetzige ist der neunte Hilfstransport für den Gazastreifen auf dem Seeweg. Fünf ließ Israel passieren. Drei wurden abgefangen.

Feinde Das Danish Institute for International Studies und das israelische Intelligence and Terrorism Information Center bezeichnen die IHH als islamistische Wohlfahrtsorganisation, die Verbindungen zu Terrororganisationen pflegt, darunter die Hamas. Die Stiftung selbst streitet das ab.

Freunde Andere Hilfsorganisationen wie die internationale katholische Friedensbewegung Pax Christi, die mit der IHH zusammenarbeitet, verbürgen sich für die Organisation. Verboten ist sie nur in Israel.

Jahren noch guten Freunden, die vor allem militärisch und geheimdienstlich eng zusammenarbeiteten, werden langsam, aber sicher Feinde. Der jüdische Staat droht seinen einzigen echten Partner in der muslimischen Welt zu verlieren.

Der steile Weg bergab begann mit dem Amtsantritt der Regierung Erdogan – gemäßigte Islamisten, die die Vormachtstellung der säkularen Kräfte in der Türkei beendeten. Seit 2007 jagt eine Krise die nächste: Einmal lädt die Türkei Israel von einem Nato-Manöver aus, ein anderes Mal wird eine TV-Serie ausgestrahlt, die Israel als blutrünstige Kindermörder darstellt. Dann wieder lässt Erdogan den israelischen Präsidenten in Davos auflaufen.

Die Türkei, so die Befürchtung, hat Israel den kalten Krieg erklärt. Die zentrale Rolle, die die Türken bei der Organisation der Flottille für Gaza spielte, ist nur das jüngste Beispiel. „Wir haben schon seit Wochen große Sorgen“, sagte Eilat Wilf, Außenpolitikerin und Knesset-Abgeordnete der Arbeitspartei, zur FTD. „Denn es geht nicht nur um die Flottille. In der Tür-

kei ist eine Wandlung im Gange – weg vom Westen und hin zu einer Führungsrolle in der radikalen muslimischen Welt.“ Nichts, so Wilf, bringe mehr Pluspunkte unter Islamisten als Angriffe auf Israel. „Sie wollten eine diplomatische Krise.“

Für Israel sind die Beziehungen zur Türkei so wichtig, dass man lange stillhielt, sogar als Erdogan Israel nach dem Gazakrieg 2009 „Staatsterrorismus“ vorwarf. Von offizieller Seite ließ nur Avi Mizrachi, Kommandant der Infanterie, seinem Ärger freien Lauf. Die Türkei solle „zuerst in den Spiegel schauen“, schimpfte er. Man brauche sich von einem Land, das die kurdische Minderheit unterdrücke, den Völkermord an den Armeniern leugne und Nordzypern besetze, nicht Moral predigen zu lassen. Inzwischen wird in Israel offen diskutiert, ob das Bündnis Bestand haben wird.

Doch nicht nur Israel hat etwas zu verlieren. Denn die Spannungen belasten auch Ankaras Verhältnis zu den USA und Europa. Erdogan wendet sich in jüngster Zeit immer mehr den Bösewichten der Region zu, vor

allem dem Iran und Syrien. Während der Iran international isoliert wird, leitet Erdogan Wirtschaftsdelegationen nach Teheran und versucht sich gar als Vermittler im Atomkonflikt. Die Amerikaner werfen Europa vor, die Wende der türkischen Außenpolitik mitverursacht zu haben – durch die ablehnende Haltung vieler EU-Mitglieder zum Beitritt der Türkei.

Statt als ungeliebtes Stiefkind der Europäischen Union sieht sich die Türkei lieber als Vorbild für eine vergleichsweise unterentwickelte Nachbarschaft im Osten. „Der Nahe Osten mag keine wirtschaftliche Bedeutung haben“, sagt Efraim Inbar vom Begin-Sadat-Center für Strategische Studien in Tel Aviv. „Doch Erdogan fühlt sich in den Basaren von Damaskus mehr zu Hause als auf den Champs-Élysées.“

Die Großmachtträume im Morgenland haben jedoch auch ihren Preis. Die Israelis haben bereits mehrfach angedroht, die Waffenlieferungen an die Türkei einzustellen, wenn die Beziehungen sich weiter verschlechtern. Dieser Punkt rückt nun immer näher.

INTERVIEW „Gezielte Provokation“



Militärexperte **Ely Karmon** arbeitet am Interdisciplinary Center (IDC), einer Hochschule im israelischen Herzliya, über die Bekämpfung des Terrorismus

FTD Wie riskant ist es militärisch, ein Schiff zu stürmen?

Ely Karmon Es ist eine sehr gefährliche Operation. Auf See ist es immer schwieriger als an Land, denn die See kann unruhig sein, der Wind rau. Es ist kompliziert, an Bord zu gehen. Kommunikation ist da nicht einfach, denn der Kommandeur selbst ist nicht auf dem Schiff. Kleine Einheiten von drei bis fünf Soldaten seien sich vom Hub-Schrauber ab. Man sieht im Video, dass sie sofort attackiert werden.

FTD Führt dieses Vorgehen nicht zwangsläufig zu einer Eskalation?

Karmon Ich gehe davon aus, dass das Abweilen ein Ablenkungsmanöver für Soldaten war, die an anderer Stelle an Bord gegangen sind. Denn es ging um ein relativ großes Schiff.

FTD Wäre die Gewalt vermeidbar gewesen?

Karmon Sobald Soldaten mit gewalttätigem Widerstand konfrontiert werden, folgen sie der Anweisung, die besagt, sich in einer lebensbedrohlichen Situation zu verteidigen. Wenn zwei oder drei Soldaten 15 bis 20 Gegnern mit Knüppeln, Messern und offenbar sogar Schusswaffen gegenüberstehen und sie Gefahr laufen, ihre eigenen Waffen zu verlieren, gerät eine Situation sehr leicht außer Kontrolle.

FTD Wie bewerten sie die Operation aus militärischer Sicht?

Karmon Man kann nicht von Erfolg sprechen, wenn es so viele Opfer gab. Man kann höchstens davon sprechen, dass die Soldaten ihre Mission erfüllt haben.

FTD Wäre es nicht schlauer gewesen, die „Solidaritätsflotte“ einfach nach Gaza passieren zu lassen?

Karmon Nein. Unter den Teilnehmern war ja auch Scheich Rajed Salah, der Führer der islamistischen Bewegung in Israel. Diese Bewegung ist identisch mit Hamas. Sie haben dieselbe Ideologie. Europa sollte auch sehr besorgt sein über die Türkei, die das Land immer mehr islamisiert. Diese Flotte war eine gezielte Provokation.

FTD Welchen Sinn soll die Blockade überhaupt noch haben?

Karmon Die Blockade ist notwendig. Wenn man diese Transporte erlaubt, werden bald auf diesem Wege auch Waffen geschmuggelt werden. Es war klar, dass die Operation Israels Image schaden wird. Aber das ist der Preis, wenn Raketen aus Gaza nicht auch auf Tel Aviv niedergehen sollen.

INTERVIEW: SILKE MERTINS



Ein Angriff und seine Folgen: Tausende Türken demonstrieren gestern in Istanbul (l.) unter dem Motto „Wir unterstützen die Flotte der Freiheit“ gegen die israelische Militäraktion vor der Küste des Gazastreifens (o.). Türkische Fernsehsender zeigten Bilder vom Sturm israelischer Einheiten auf das Schiff Mavi Marmara (u.). Es hatte als Teil der sogenannten Solidaritätsflotte versucht, Hilfsgüter in den Gazastreifen zu bringen. Ebenfalls von Bord der „Mavi Marmara“ stammen Bilder eines verletzten Menschenrechtsaktivisten (r.). Bei dem Angriff gegen sechs Schiffe kamen nach israelischen Angaben zehn Menschen ums Leben. In Medienberichten war sogar von 16 Toten die Rede



In Gaza fehlen Zement und Glas

Israels Blockade lässt seit Juni 2007 nur noch eine Grundversorgung der 1,5 Millionen Palästinenser zu. Der Schmuggel blüht, selbst Autos und Gourmetkost kommen durch

SILKE MERTINS

Gleich hinter dem israelischen Grenzübergang Erez hämmern und klopfen Scharen junger Männer in den Trümmern, die der Gazakrieg vor einhalb Jahren hinterlassen hat. Der Beton wird zerkleinert und zu neuen Steinen verarbeitet, Metall herausgefischt. Unfreiwillig sind die Palästinenser im Gazastreifen zu Experten für Recycling geworden. Denn es gibt kaum Baumaterial.

Der Grund: Israel lässt lediglich eine Grundversorgung des Gazastreifens zu. Solange der israelische Soldat Gilad Schalit dort festgehalten wird und Raketen auf Israel fliegen, soll sich daran auch nichts ändern. Die Läden im Gazastreifen sind zwar voll. An Lebensmitteln herrscht kein Mangel. Eine humanitäre Krise gibt es nicht. Doch alles, was über die

Grundversorgung hinausgeht, ist entweder nicht zu bekommen oder zu teuer, weil es durch die Tunnel geschmuggelt werden musste.

10 000 bis 15 000 Tonnen Waren aller Art kommen pro Woche über die israelischen Übergänge. Der Rest der Güter, die in Gaza zu finden sind, wird durch die Tunnel geschmuggelt, von Unterwäsche bis zu ganzen Fahrzeugen. Doch die Waren werden durch den erhöhten Aufwand deutlich teurer als auf dem regulären und mühsamen Weg über Israel.

Für bestimmte Waren sind zudem beide Wege schwierig, beispielsweise für Glas, um zerstörte Fenster zu reparieren. In vielen Häusern sind die Fenster nur mit Plastikplanen zugeklebt. Zement und andere Baumaterialien sind schwer und werden in großen Mengen gebraucht. Der Schmuggel verteuert sie dermaßen, dass seit drei Jahren kaum Häuser oder Wohnungen mehr gebaut worden sind.

Auch Trinkwasser ist knapp, weil es an Pumpen und Wasserfiltern fehlt. Bei der medizinischen Versorgung herrscht zwar kein Mangel an Aspirin oder Antibiotika, aber es fehlen medizinische Apparate wie etwa Röntgengeräte. Probleme gibt es bei kom-

plizierten Operationen und Krebsbehandlungen. Die Hilfsflotte sollte den Organisatoren zufolge 100 Fertighäuser sowie elektrische Rollstühle in den Gazastreifen bringen. Israel hatte angeboten, die Güter im Hafen von Aschdod der Uno zu übergeben. Doch die Organisatoren haben das abgelehnt. Ihnen ging es ums Prinzip. Sie wollten die Blockade in Gaza, die auch die Vereinten Nationen als kollektive Bestrafung der Bevölkerung für Handlungen einzelner politischer Gruppen ansehen, mit ihrer Aktion durchbrechen.

Schon vor einer Woche hatte Israels Regierungspressestelle deshalb eine Mail verschickt: „Wir freuen uns, Ihre Aufmerksamkeit auf die Speisekarte des Roots Club und Restaurant in Gaza lenken zu dürfen“ heißt es darin spöttisch. Dort würden beste Rindfleischgerichte und andere erlesene Speisen angepriesen. Im Greens Terrace Garden seien auch frische Cocktails zu haben. Und, als sei das nicht genug, habe „nach palästinensischen Presseberichten“ auch ein neues Schwimmbad mit „olympischen Abmessungen“ eröffnet. Über diese „humanitäre Krise“ sollen die Korrespondenten doch bitte einmal berichten.

Ägyptens doppeltes Spiel

Kairo verurteilt Israel, blockiert aber selbst die Grenze zu Gaza · Angst vor Hamas

VON MAX BOROWSKI, BERLIN

Ganz vorn dabei bei der Verurteilung des israelischen Vorgehens gegen die Friedensaktivisten gestern war auch Ägypten. Während die Arabische Liga eine Dringlichkeitssitzung an ihrem Sitz in Kairo einberief, witterte der ägyptische Präsident Hosni Mubarak gegen die „exzessive“ Gewalt der israelischen Soldaten. Das Außenministerium bestellte Israels Botschafter ein. Ein Sprecher sagte, man habe den Israeli sowohl über die Verurteilung der Gewalt informiert als auch über „Ägyptens Ablehnung von Israels Belagerung des Gazastreifens“.

Die Erklärungen, mit denen Ägypten in die weltweiten Proteste gegen die israelische Aktion einstimmt, haben allerdings einen Schönheitsfehler. Nicht nur Israel, auch Ägypten blockiert weitgehend seine 14 Kilometer lange Grenze zum Gazastreifen. Seit die Hamas dort 2007 die Herrschaft an sich riss, öffnet Ägypten

fast nur noch in medizinischen oder humanitären Notfällen den Grenzübergang Rafah, den einzigen, den Israel nicht selbst kontrolliert. Mehrmals verhinderten die ägyptischen Behörden in den vergangenen Jahren, dass Solidaritätskonvois über das eigene Territorium den Gazastreifen erreichten.

Wie viele arabische Machthaber fürchtet Mubarak den Einfluss der radikalen palästinensischen Hamas im eigenen Land, vor allem auf die Muslimbruderschaft, die mit Abstand größte Oppositionsbewegung. Zudem macht Washington Druck auf seine Verbündeten unter den arabischen Staaten, die Hamas nicht zu unterstützen. Gleichzeitig können es sich die Regimes nicht leisten, auf Kritik an Israel zu verzichten. Auch in Ägypten und Jordanien, die offiziell Frieden mit dem jüdischen Staat haben, gilt Israel bei der Bevölkerung weiterhin als Feind. Bilder wie die gestrigen von den Gazaschiffen heizen diese Feindschaft an.

Doch anders als die anderen arabischen Länder steht Ägypten mit der eigenen Grenze zu Israel und dem Gazastreifen direkt in der ersten Linie des Kampfes gegen die Hamas. Ergebnis dieses Dilemmas ist ein Schlingerkurs der Regierung in Kairo, die unter der Berufung auf die eigene „nationale Sicherheit“ die Abschottung der eigenen Gaza-Grenze rechtfertigt und gleichzeitig Israel öffentlich Menschenrechtsverletzungen zur Last legt. Demonstrationen in ägyptischen Städten gegen Israel, die die Opposition als Plattform nutzen könnte, werden dagegen von der Polizei oft mit Gewalt verhindert.

Statt den Einfluss der Islamisten einzudämmen, bietet Mubarak den Muslimbrüdern mit dieser Politik immer wieder willkommene Angriffspunkte. So verurteilte die Organisation gestern in Kairo nicht nur Israel, sondern nutzte die Gelegenheit, auch die eigene Regierung anzuprangern: Der Übergang Rafah müsse sofort geöffnet werden, „denn seine Schließung war ein Hauptgrund für das, was jetzt passiert ist“.

„Die Schließung von Rafah war ein Hauptgrund für das, was jetzt passiert ist“

Erklärung der Muslimbrüder